

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM, für Ganz- und Halbjahres 1,30 RM, zusätzlich Postgebühren. Einzelnummern 10 Pf. Alle Verordnungen, Beschlüsse und andere Mitteilungen zu jeder Zeit der Woche können in den Redaktionsbüros des Tagesblattes eingereicht werden. Die Redaktion ist für die Abgabe von Anzeigen bis zum 10. Uhr nachmittags geöffnet. Die Abgabe von Anzeigen bis zum 10. Uhr nachmittags ist durch den Postboten zu bewerkstelligen. Die Abgabe von Anzeigen bis zum 10. Uhr nachmittags ist durch den Postboten zu bewerkstelligen.

Wilsdruff-Dresden  
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6  
Kriegs- und Wehrdienstleistungen sind durch den Postboten zu bewerkstelligen. Die Abgabe von Anzeigen bis zum 10. Uhr nachmittags ist durch den Postboten zu bewerkstelligen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 127 — 91. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Volsched: Dresden 2640      Donnerstag, den 2. Juni 1932.

## Das Kabinett v. Papen ernannt.

### Von Papens neue Regierung.

Herr von Papen, der vom Reichspräsidenten von Hindenburg beauftragt worden ist, eine Regierung der nationalen Konzentration zu bilden, hat die von ihm in Aussicht genommenen Ministerkandidaten empfangen und sie gebeten, in sein Kabinett einzutreten. Diese Besprechungen fanden im Kanzlerzimmer des Reichstages statt. Herr von Papen ist es gelungen, den ihm gegebenen Auftrag vollständig zu erfüllen und ein neues Reichskabinett zusammenzustellen. Dieses Kabinett wird folgenden Aussehen haben:

- Reichskanzler: von Papen;
- Reichsminister des Innern: Freiherr von Gayl;
- Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten: Votschauer Freiherr von Neurath;
- Reichswirtschaftsminister: Professor Dr. Warmbold;
- Reichsernährungsminister: Freiherr von Linnich;
- Reichswehrminister: General von Schleicher;
- Reichsarbeitsminister: Oberbürgermeister Dr. Goerdeler;
- Reichsjustizminister: Dr. Joch;
- Reichspostminister: Dr. Schädel;
- Reichsfinanzminister: Graf Schwerin-Krosigk;
- Reichsverkehrsminister: Graf von Ribbentrop (bisher Leiter der Reichsbahndirektion Karlsruhe).

Es ist möglich, daß in der Befehlsliste des einen oder anderen Ministeriums eine Änderung eintritt, im großen und ganzen dürfte die Ministerliste jedoch richtig sein. Wie weiter bekannt wird, scheidet auch der langjährige Staatssekretär der Reichskanzlei Brandt nach dem Austritt Brüning aus seinem Amt. An seine Stelle soll Oberregierungsrat Brandt treten, der seit Jahren in der Reichskanzlei tätig ist. Oberregierungsrat Brandt ist ein Sohn des berühmten Völklers und Nobelpreisträgers Prof. Dr. Brandt. Auch der Leiter der Reichspressestelle, Ministerialdirektor Dr. Joch, wird sein Amt verlassen, da er schon seit längerer Zeit für einen Auslandsposten in Aussicht genommen ist. Sein Nachfolger soll der Leiter der Presseabteilung des Reichswehrministeriums Major Warz oder ein rechtsstehender fähiger Journalist sein. Im übrigen wird in politisch-parlamentarischen Kreisen die Frage der Reichstagsauflösung noch immer lebhaft erörtert. Das wird im wesentlichen davon abhängen, ob die neue Reichsregierung ein Vertrauensvotum des Reichstages erhält oder nicht. Die Sozialdemokraten haben bereits angekündigt, daß sie der neuen Regierung mit stärkstem Mißtrauen gegenüberstehen, und daß sie einen Mißtrauensantrag gegen die neue Regierung im Reichstag einbringen werden. Dieses Mißtrauen dürfte natürlich bei weitem nicht ausreichen, die neue Regierung zu stürzen, selbst wenn es noch von den Kommunisten und der Staatspartei unterstützt wird. Wesentlich für die neue Regierung dürfte die Haltung des Zentrums sein, das sich aber noch nicht endgültig festgelegt hat, wie auch die Stellung der Nationalsozialisten und der Nationalsozialisten der neuen Regierung gegenüber noch nicht bestimmt ist.

### Das „Präsidialkabinett“.

Der größte Vorzug, den eine plötzlich hereingebrochene Regierungskrise ganz besonders in Deutschland haben sollte, ist doch wohl der, möglichst — kurz zu sein. Das peinliche, oft wochenlange Verhandeln der Fraktionen um Personalkandidaten und Programme ist von früher her in nicht gerade angenehmer Erinnerung und würde in der heutigen Zeit, da die Probleme in ihrem brennenden Prang weder auf Persönlichkeiten noch Programme warten können, um zum mindesten neu oder wieder angepackt zu werden, noch viel unerträglicher sein als früher. Die Arbeitsschaffung läßt sich selbst durch eine Regierungskrise nicht hinauschieben, und außerdem trennen und bzw. die neue Regierung nur noch vierzehn Tage von der Lausanne Konferenz. Man braucht ja nur diese Tatsache zu streifen, um allseits, gleichgültig, ob man die neue Regierung stützt, toleriert oder bekämpft, als Antwort hören zu können: Nur kein längerer Zögern und Verhandeln, sondern rasche Herbeiführung der Entscheidung über Personen und Programme des neuen Kabinetts und im Reichstag sich schnell dem Votum der Volkvertretung stellen! Denn hier, durch die Abstimmung, wird ja auch erst entschieden, ob der neue Reichskanzler und die neuen Reichsminister die verfassungsmäßige Voraussetzung für ihre Amtsführung erhalten, nämlich das „Vertrauen des Reichstages“. Die Ernennung durch den Reichspräsidenten ist ja erst der erste Schritt! Diesmal liegen bei dem Austritten der neuen Regierung die Dinge vollkommen anders als selbst bei der Ernennung des ersten Kabinetts Brüning, dessen Mitglieder

nicht durch die früheren Fraktionsvereinbarungen ihr Amt erhalten hatten, sondern bei deren Nominierung schon das „besondere Vertrauen des Reichspräsidenten“ unter scharfer Betonung des „überparteilichen Charakters“ eine absichtlich große Rolle gespielt hatte. Immerhin waren die meisten Mitglieder des damaligen Kabinetts doch anerkannte Parteiführer gewesen und daher war von vornherein damit zu rechnen, daß das damalige Kabinett, als es sich nun zu dem oben angezeichneten verfassungsmäßig notwendigen Zweck vor den Reichstag hinstellte, nun dort auch das „Vertrauen“ ausgesprochen erhielt. Jetzt aber steht es damit ganz anders. Unter den Namen, die als Kandidaten für das neue Kabinett von Papen genannt wurden, befindet sich nicht ein einziger Parlamentarier, geschweige denn ein Parteiführer. In einer Schärfe wie noch nie zuvor ist von Hindenburg also der Charakter eines „Präsidialkabinetts“ herausgearbeitet worden, und es mag übrigens als ganz besonders eigenartige Note noch erwähnt werden, daß zum ersten Male seit dem November 1918 ein aktiver Reichswehrgeneral zum Minister ausgerufen wurde. Er ist also „Kriegsminister“.

Natürlich ist aber bei den meisten Ministerkandidaten die parteipolitische Einstellung aus früherem Auftreten in der Öffentlichkeit mehr oder weniger gut bekannt, jedenfalls politisch in der Gegenwart unzweifelhaft sichtbar gewesen oder geworden. Formell werden aber in der kommenden Reichstagsentscheidung über das Schicksal des Kabinetts die Reichstagsparteien zum Ausdruck bringen, daß sie nicht irgendwie „gebunden“ seien an die Regierung oder bestimmte Minister. Ansofgedessen ist es heute noch gar nicht zu übersehen, ob und wie das Kabinett durch das Abstimmungsfeuer im Reichstag hindurchkommt.

### Dr. Schädel wird nicht Reichsminister.

Bayerische Volkspartei gegen aktive Mitarbeit am Kabinett Papen. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hielt eine Fraktions Sitzung ab, in der die ganze politische Lage besprochen wurde. Es kam in dieser Sitzung die einmütige Auffassung der Fraktion darüber zum Ausdruck, daß die aktive Beteiligung der Bayerischen Volkspartei an einem Übergangskabinett von Papen nicht in Frage kommen könne. Der bisherige Reichspostminister Dr. Schädel suchte Herr von Papen auf und machte ihm eine dementsprechende Mitteilung; er hat die Aufforderung, in das Kabinett einzutreten, abgelehnt. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei sprach Dr. Schädel ihren Dank für seine mehr als fünfjährige Tätigkeit für Volk und Vaterland aus.

### Das Reichskabinett ernannt.

Der Reichspräsident empfing Mittwoch gegen 20.30 Uhr Herrn von Papen zum Vortrag über die Kabinettsbildung und ernannte daraufhin Herr von Papen zum Reichskanzler, Freiherr von Gayl zum Reichsinnenminister, Dr. Warmbold zum Reichswirtschaftsminister, General von Schleicher zum Reichswehrminister, Freiherr von Braun zum Ernährungsminister und Oskonomiar, Reichsbahndirektor Graf von Ribbentrop zum Post- und Reichsverkehrsminister. Außerdem wurde Oberregierungsrat Brandt zum Staatssekretär der Reichskanzlei ernannt. Mit dem Eintreffen der betreffenden Herren in Berlin ist für morgen die Ernennung Goerdelers zum Arbeitsminister, und Gärtners zum Justizminister und Freiherr von Neurath zum Außenminister zu erwarten. Nur die Befehlsliste des Reichsfinanzministeriums ist noch zweifelhaft.

### Freiherr von Neurath Reichsaußenminister.

Berlin. Der in Berlin eingetroffene deutsche Botschafter in London, Freiherr von Neurath, hat sich mit der Uebernahme des Postens des Reichsaußenministeriums im Kabinett von Papen einverstanden erklärt. Mit Oberbürgermeister Dr. Goerdeler wird zurzeit noch wegen Uebernahme des Reichsarbeitsministeriums verhandelt. Sollten sich die Verhandlungen

mit Dr. Goerdeler geschlossen, so wird Kanzler von Papen sofort mit einer anderen Persönlichkeit, die für den Posten in Frage käme, Fühlung nehmen. Inzwischen ist auch Ministerialdirektor Graf Schwerin-Krosigk, der aussichtsreichster Kandidat für den Posten des Finanzministers ist, in Berlin eingetroffen. Ueber die Berufung des bayerischen Justizministers Gärtners ist noch keine Entscheidung gefallen.

### „Ein Inflationsgespenst gibt es nicht!“

Erklären Schleicher und Schacht. General v. Schleicher erklärte in einer Unterredung mit einem Pressevertreter, die neue Regierung werde äußerst hart und aktionsfähig sein. Auf die Frage, welchen wirtschaftlichen Kurs das Kabinett von Papen steuern werde, antwortete der General, daß erst die nächsten Tage hierüber Klarheit bringen würden. Jedenfalls könne er mit aller Sicherheit ansprechen, daß die neue Regierung unter keinen Umständen den Inflationsspektakel treiben werde. Dr. Schacht erklärte der Zeitung, daß er mit der Regierung nicht irgendwie in Verbindung stehe. Er selber wolle auch nicht als Nachfolger Dr. Luthers genannt werden. Nach Lausanne müsse auf jeden Fall gegangen werden, denn es sei mehr als wünschenswert, daß die Tributzahlungen so schnell wie möglich gestrichen würden. Ein Inflationsspektakel gebe es nicht.

### Kritik am neuen Kabinett.

Was die Berliner Presse sagt. Zur Beauftragung Herrn v. Papens mit der Regierungsbildung nehmen verschiedene Berliner Blätter ausführlich Stellung. Der bürgerliche Lokal-Anzeiger hebt hervor, daß der Reichspräsident in dem neuen Kabinett eine „Regierung der nationalen Konzentration“ sehe, womit er aber offenbar nicht eine Zusammenfassung der nationalen Parteien mit einer von diesen Parteien gebilligten Regierung meine, sondern eine Zusammenfassung der Kräfte, die im Rahmen der persönlichen Beziehungen des Reichspräsidenten zur Verfügung ständen. Jedenfalls hätten die Parteien der bisherigen Opposition, also in erster Linie die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, offiziell mit der Bildung dieses Kabinetts nichts zu tun. Der Reichspräsident habe die Entscheidung über den Auftrag an Herrn v. Papen aus eigenem Ermessen getroffen. Die staatsparteiliche Volkszeitung bezeichnet die Auswahl des Kanzlerkandidaten als ebenso unglücklich wie die Formulierung des Auftrages, eine Regierung der nationalen Konzentration zu bilden. Unter nationaler Konzentration verstehe man die Zusammenfassung aller Volksschichten. Aber bei solch offenkundiger Tendenz, die die eine Volkshälfte von vornherein aus der Kombination ausschleife, hätte nicht von nationaler Konzentration gesprochen werden dürfen. Es sei zu hoffen, daß es nicht auch im Bureau des Reichspräsidenten üblich werde, nur rechts gerichtete Parteien als national zu bezeichnen. Das Zentrumblatt Germania schreibt: Wenn Herr v. Papen sich dem Reichspräsidenten in dieser kritischen Situation für eine äußerst verantwortungsvolle Aufgabe zur Verfügung gestellt habe, so sei er sicher einer politischen Gewissenspflicht gefolgt, der er sich nicht zu entziehen vermöchte. Es sei eine Zwischenschlichtung gesucht worden, die von den Nationalsozialisten gebildet würde und von der aus zu gegebener Zeit durch Neuwahlen eine endgültige Klärung angebahnt werden solle. Diese Klärung sei notwendig, denn die jetzt in Angriff genommene Regierungsbildung gebe der gegenwärtigen Krise nicht die Lösung, die allgemein erwartet werde. Die Industriekreisläufe nahestehende Deutsche Allgemeine Zeitung ist der Auffassung, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die neue Reichsregierung, wenn sie zustande komme, auf baldige Neuwahlen für den Reichstag angewiesen sein werde. Das Kabinett v. Papen würde nicht die sofortige Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Mitverantwortung bedeuten, sondern diese noch von einem Wahlgang abhängig machen. Der sozialdemokratische Vorwärts sagt, dieses Kabinett mit diesen Männern und diesen Tendenzen nenne sich „nationales Konzentrationskabinett“. Was hier konzentriert werde, sei nicht die Nation, es seien vielmehr konservativ-reaktionäre Kräfte, es seien keine, aber mächtige Gruppeninteressen, deren Ueberwiegen eine Gefahr für die Interessen des Volkes und seiner Wirtschaft bedeute. Das demokratische Berliner Tageblatt meint, daß auf dem Wege, der jetzt beschritten werde, dem Wohl des Landes und Volkes auf die Dauer nicht gedient werden könne. Deshalb müsse man diejenigen, die jetzt die Zeit für einen Kurswechsel für geeignet hielten, bei ihrem Vorhaben unter sich lassen. Sie möchten sich mit denen, die ihnen das Experiment erlaubt hätten, in die Verantwortung teilen. Gegenüber dem neuen Kabinett unrezitiert Der Angriff die Haltung der Nationalsozialisten u. a. wie folgt: Die vergangenen zwei Jahre einer Zivilisiertereue